

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Racheisen- und Steingewandindustrie, in Gießereien und Glasereien, für Gipser, Puzer, Stukkateure, Abplattner, Isolierer, Kistenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinhölzer und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1

Preis für Geschäftsanzeigen die zehnjährigste Millimeterzeile 1,25 M. Bei größeren Abhängen Rabatt, der nur als Kassarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreizehnjährige Zeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Seite 50 A.

### Die Bedrohung der Kultur durch den Untermenschen.

Die moderne Kultur in Deutschland soll bedroht sein. Und zwar ist es die minderbegabte Menge, die diese Kultur zu vernichten droht. Diese Weisheit wird von einem Junker W. von Derge n verzapft, der in Roggow in Mecklenburg wohnt und von Zeit zu Zeit das Bedürfnis hat, in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ seine „Geistesprodukte“ abzuladen. In der Form der Besprechung des Buches eines amerikanischen Gelehrten rollt Herr von Derge das gegenwärtige Kulturproblem auf, wobei er zu absonderlichen Gedankengängen kommt. Dies ist an sich nicht das Entscheidende. Als wesentlich muß erkannt werden, daß eine weitverbreitete Wirtschaftszeitung solchen Gedankengängen Raum gibt. Es wird damit dargestellt, daß sich die Großindustrie mit solchen Gedankengängen in Übereinstimmung befindet. In welcher Form soll nun der „Untermensch“, das heißt die arbeitende Bevölkerung, die deutsche Kultur bedrohen? Der Junker von Derge schreibt da:

„Es mag sein, daß Deutschland wirtschaftlich seinen Tiefpunkt zunächst überschritten hat, es mag sein, daß Industrie, Gewerbe, Handel und Landwirtschaft zunächst eine kleine Besserung ihrer Lage wahrzunehmen glauben, kulturell ist Deutschland, ist die ganze zivilisierte Welt noch im Niedergang begriffen und ein Ende dieses Abstieges ist noch lange nicht absehbar... Der rasende Fortschritt der Technik und Chemie, die fabelhaften Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten sind keine Zeichen kulturellen Aufstieges. Kultur ist Volkskraft. Kultur ist eine Geistesverfassung, die dadurch zur Weltbewegenden, welterhebenden Macht wird, daß sie zwar von Führern gewollt, aber von Millionen von Herzen, Hirnen und Charakteren der Volksgenossen erfaßt und getragen wird, Kultur ist die Fähigkeit, geistig zur Höhe zu führen und sich wollend und wissend zur Höhe führen zu lassen. Heute lebt noch ein großer Teil derer, die solche Geistesverfassung aus der Zeit vor dem Kriege, aus einer Zeit wirklich hoher Kultur, heimgerettet haben. Vernichtet wird diese Kultur weder durch Revolution, noch durch Inflation, weder durch Verarmung noch durch Hungersnot, sondern nur durch den Tod, durch das Hinsterben ihrer Träger.“

Also die großen Errungenschaften der Technik, die Tatsache, daß sich der Mensch die Kräfte der Natur immer mehr untertan macht, sind keine Kultur. Kultur ist nach der Meinung dieses Junkers eine Reihe von Führern und eine große Masse von Geführten, die sich willig führen lassen. Und diese „Kultur“ ist dem Tode geweiht, wenn die Schicht von auserlesenen Führern zugrunde gehen sollte. O, heilige Einsicht! Doch hören wir weiter: Nachdem der Aristokratie den Untergang von verschiedenen Kulturen, die ägyptische, die phönizische, die babylonische, die persische, die griechische, die römische und die russische Kultur erwähnt hat, stellt er die Frage: „Warum sind diese Kulturen untergegangen? Weil die Schicht derer, die sie trug, dünner, weil sie von unten ausgehöhlt wurde durch kulturfeindliche Elemente, die in jedem Volke leben, die aber nicht abgetrieben werden, solange die Kulturgeschichte gesund und stark genug ist, sich selbst von neuem zu gebären.“

Aus all diesen Umständen wird gefolgert: „Daß die kulturfeindliche Masse, das heißt, die nach ihrer Geistesverfassung nicht imstande sind und folglich auch nicht dazu erzogen werden können, Förderer oder auch nur Träger der Kultur zu sein, eines Tages auch bei

uns die sich fortgesetzt verdünnende Kulturschicht zerbrechen und schließlich zerbrechen und vernichten müssen, und daß auch die deutsche, die germanische Kultur dermaleinst zu den Trümmern gehören wird, die die Epigonen in Schaukästen bewundern werden, wie wir den in Gold getriebenen Sarg Tut-End-Amuns.“

Der mecklenburgische Junker ermahnt deshalb seine Klassengenossen, die er für Träger der Kultur hält, die

**Chinesisches  
Revolutionslied.**

Ihr pflanzt Reis.  
Ich webe Tuch.  
Der fertigt Dachziegel.  
Sang-ho! Sang-ho! Sang-ho!  
Sang-ho!

Acht Stunden Arbeit.  
Acht Stunden Ruhe.  
Acht Stunden Studium und Lernen.  
Alle wollen leben,  
die in Nähe und Arbeit  
stehen.

Lernt lesen.  
Lebt fröhlich.  
Der Arbeitermann ist nicht  
dumm geboren.  
Lebt und lernt.  
Lernt und lebt.

Acht Stunden Studium.  
Acht Stunden Ruhe.  
Acht Stunden Arbeit.  
Alle wollen lernen  
die in Nähe und Arbeit  
stehen.

Kindererzeugung rasch und energisch aufzunehmen: „Der positive Weg ist der der Förderung der Geburtenvermehrung wertvollen Menschenmaterials, der Erzeugung eines neuen Adels, einer neuen Aristokratie — um diese beiden, den Untermenschen so verhassten Schlagworte in veredelter Bedeutung zu gebrauchen.“

Wir sehen dieser Aktion der Geburtenvermehrung des Adels und der neuen Aristokratie mit großem Interesse entgegen. Im Geiste sehen wir, die Ehebetten dieser Leute stärker als bisher strapaziert werden. Doch mögen sie Kinder erzeugen, soviel sie wollen. Der Untergang dieser geschichtlich längst überwundenen Klasse ist nicht aufzuhalten. Es war das Kennzeichen einer jahrhundertelangen Entwicklung, daß das Bürgertum auf allen Gebieten den Adel überwand und dieser geistig und materiell herunterfiel und als Kulturträger auswich. Die Revolution des Bürgerturns galt im Endpunkt diesem Ziele. Und das letzte halbe Jahrhundert zeigte, daß das Bürgerturn, wie es sich in der Industrie, im Handel und Gewerbe zeigt, zur herrschenden Schicht geworden war. Doch daran scheint dieser Junker gar nicht zu denken. Er denkt vielmehr an den „Untermenschen“, worunter er die arbeitende Bevölkerung in ihrer großen Masse versteht: „Sahen wir ihn (den Untermenschen) nicht auftauchen aus der Hefe des Volkes, wie die Blasen des Sumpfgases aus dem Morast in dem Augenblick, als der Druck der Kulturschicht, als die Machtmittel des Nationalstaates nachließen? Noch gelang es, ihn nieder und in seine Schranken zu zwingen, aber ist nicht alles, was wir täglich um uns erleben, die Herr-

schaft der plumpen Majorität, die Gleichmachungsbestrebung, der Kampf des Materialismus gegen den Idealismus, der Kampf gegen Rechte, Gesetze und deren ausführende Organe, der Haß gegen den Adel der Geburt und des Geistes, der Krieg des Besitzlosen gegen den Besitzenden, der Hände gegen die Hirne, die systematische Untergrabung jeder Autorität, alles dies nicht ein Zeichen für das Wachsen des Untermenschen und für seine Aufhebung gegen die Kultur?“

Wie mag sich in diesem Hirne die Welt malen! Gerade in dem Ringen der großen Masse, aus der Hefe des Volkes aufzusteigen, und von der modernen Kultur soviel als möglich zu genießen, zeigt sich einer der weltgeschichtlichen Vorgänge in der Geschichte der Menschheit! Die Befreiung des sogenannten vierten Standes, das immerwährende Vordringen der Hand- und Kopparbeiter auf allen Gebieten des Lebens ist das Kennzeichen der letzten Jahrzehnte. Und wenn es die Junker und Junkerengenossen noch so sehr behauern: diese Befreiung der Arbeit von geistiger und körperlicher Bevormundung geht weiter und weiter! In den Parlamenten, in den wirtschaftlichen Körperschaften, auf der Weltwirtschaftskonferenz — wo wir auch hinflicken mögen, überall sehen die „Blasen des Sumpfgases“, fähig, ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Die Träger dieses großen weltgeschichtlichen Kampfes sind die Gewerkschaften. Sie sind es vor allem, die die geistigen Voraussetzungen zu diesem Ringen vermitteln. In seiner Rede vor den Berliner Gewerkschaftsfunktionären konnte Leipart vor nicht allzulanger Zeit als unumstößliche Wahrheit feststellen: „Das Bildungsniveau des deutschen Arbeiters steht heute schon auf einer Höhe, daß er sich mit den meisten übrigen Schichten der Gesellschaft sehr wohl messen kann. Haben die Bildungsanstalten des Staates, die Schulen, dieses Verdienst zu beanspruchen? Sie haben gewiß auch viel dazu beigetragen, aber niemals hätten sie diesen unverkennbaren Fortschritt allein herbeigeführt, wenn nicht die Gewerkschaften mit ihrer systematischen Aufklärungsarbeit, mit ihren ungezählten Bildungseinrichtungen und Veranstaltungen mitgeholfen hätten.“ So haben die Gewerkschaften mit voller Absicht die „Blasen des Sumpfgases“ zu einem bewußten Hebel des kulturellen Aufstieges gemacht. Und so soll es auch bleiben.

Mögen die Herren der Schwerindustrie, die solche Geistesprodukte in ihren Blättern verbreiten, von einem neuen Adel und von einer neuen Aristokratie fassen. Besonders eigenförmlich erscheint dieses Schwäg, weil Leute wie Wögle r und viele andere Industrielle aus kleinen Herkommen sich emporgearbeitet haben. Ob sich diese Leute auch schon zum neuen Adel rechnen? Sei dem, wie ihm wolle: Wir halten zu der neuen Kultur. Wir fördern den Aufstieg der so sehr gefürchteten Untermenschen, wir sehen in der sturmhaften Entwicklung der Technik und der Chemie wertvolle Bundesgenossen, und wir sind der felsenfesten Ueberzeugung, daß dermaleinst die Arbeit zum herrschenden Faktor wird. Und die Herrschaft des vierten Standes wird, wie dies Lassalle in seiner berühmten Rede über das „Arbeiterprogramm“ ausführte, „eine Blüte der Eitlichkeit, der Kultur und Wissenschaft herbeiführen, wie sie in der Geschichte noch nicht dagewesen“. Wir können diesen Aufstieg nicht besser schließen, als mit den Worten, die Lassalle zum Schluß den Berliner Arbeitern in der eben genannten Rede zurief:

„Haben Sie bereits einmal, meine Herren, einen Sonnenaufgang von einem hohen Berge aus mit an-

gesehen? Ein Purpurfaum färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verkündend, Nebel und Wolken raffen sich auf, ballen sich zusammen und werfen sich dem Morgenrot entgegen, seine Strahlen momentan verblühend, aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend am Firmamente steht!

**Rationalisierung und Erwerbslosigkeit.**

Nur in der Wirtschaftsform, in der wir zu leben das sehr zweifelhafte Vorrecht haben, in der privatkapitalistischen, auf dem Grundstreben nach Profit aufgebauten Wirtschaft, sind die sehr engen unsozialen Zusammenhänge möglich, die heute zwischen den Worten Rationalisierung und Erwerbslosigkeit bestehen.

Was heißt, was sollte Rationalisierung sein? „Rational“ ist lateinischen Ursprungs. Man spricht von Ratio, wenn — mit einem Fremdwort — die Vernunft gemeint ist. Rational ist auf deutsch die „richtige Rechnung“, der Vernunftschluß. Auf unsere heutige Zeit, und auf unser Thema übertragen, ist Rationalisierung die praktische Anwendung technischer Erfindungen. Dieser rein wirtschaftstechnische Vorgang ist nichts grundsätzlich Neues, sondern die Fortsetzung einer sehr langen wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung. Der Fortschritt des Menschen ist stets darauf bedacht, sich seine Wirtschaftsführung leichter zu gestalten. In die Stelle älterer primitiver Seile- und Transportwerkzeuge sind große, maschinelle betriebene Werkzeuge getreten, an die Stelle des handwerklichen Webstuhls trat der mechanische Webstuhl, an seine Stelle wiederum die Maschine; an die Stelle des Handseilers zum großen Teil die Seilmaschine usw. Die Technik hat vielleicht ihren Ursprung zum wesentlichen Teil in der Erfindung des Rades; eine Erfindung allerdings, die wir heute nicht mehr als eine Erfindung anerkennen möchten, weil unser Denken auf eine hochentwickelte Technik eingestellt ist. Es war aber zweifellos ein „Vernunftschluß“ von sehr großer Bedeutung, als das Rad erfunden wurde. Heute erfüllt es im wesentlichen eine ähnliche Rolle: Lasten zu befördern und Kräfte zu übertragen. Wir brauchen uns nur einmal in unserm Arbeitsleben umsehen; überall können wir die große wirtschaftliche Bedeutung allein dieser einzigen Erfindung feststellen.

Aber der zweite große, alles umwälzende Fortschritt war, als es gelang, an die Stelle der menschlichen und tierischen Arbeitskraft physikalische, natürliche Arbeitskräfte zu setzen; als es dem Menschen gelang, die Naturkräfte in seinen Wirtschaftsdienst zu stellen und aus natürlichen Rohstoffen Kräfte zu entwickeln, die imstande sind, Maschinen in Bewegung zu setzen.

Die Erfindung der Dampfmaschine, der Elektromotoren usw., die Aufbarmachung der Wind- und besonders der Wasserkraft waren bedeutungsvolle Daten, die jedesmal am Anfang eines neuen, großartigen technischen Aufstieges standen. Dampf und Elektrizität sind Wendepunkte der Kulturgeschichte! Schon an diesem kurzen Ueberblick

können wir erkennen, daß es immer eine Rationalisierung gegeben hat.

Dann kommt noch etwas hinzu, was man früher in dem Ausmaße nicht kannte, und das ist das Organisations-talent des menschlichen Geistes. Es gehört heute mit zum Begriff Rationalisierung, ist sogar ein wesentlicher Teil dieses Begriffes, was überhaupt die Rationalisierung unserer Tage nur eine technische und organisatorische, aber keine volkswirtschaftliche Rationalisierung ist.

Mit dieser Feststellung sind wir nun mitten in unserm Thema. Denn hätten wir eine volkswirtschaftliche Rationalisierung, dann hätten wir nicht die große Zahl Erwerbsloser; zum mindesten wäre es das höchste Ziel der Rationalisierung, die Erwerbslosen wieder in die Produktion einzuziehen. Aber seit langer Zeit schon haben wir eine Zahl Vollerwerbsloser, die zeitweise 2 Millionen betrug und heute noch weit über 600 000 beträgt. Hinzu kommt die große Zahl der Kurzarbeiter. Obgleich die Zahl der Erwerbslosen ist in der letzten Zeit — erfreulicherweise — nicht unmerklich gefallen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug, als sie in diesem Winter ihren Höhepunkt erreichte, am 1. Februar 1 827 000, sie ist bis zum 1. April auf 1 311 000, also um 696 000 zurückgegangen. Sie ist bis zum 15. Juli auf nur 500 000 gesunken. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen ist allerdings höher. Hinzu kommen die von der Krisenfürsorge Unterstützten und die Notstandarbeiter. Ferner muß berücksichtigt werden die nicht geringe Zahl der ausgetretenen Erwerbslosen, so daß wir annähernd noch 1 Million tatsächlich Erwerbslose — männliche und weibliche — haben werden. Der Rückgang der Erwerbslosigkeit ist zur Hauptsache eine saisonmäßige Erscheinung und vor allen Dingen auf die Besserung in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zurückzuführen.

Es ist ohne Zweifel, daß heute ein großer Teil der Erwerbslosigkeit ursächlich auf die Rationalisierung der privatkapitalistischen Wirtschaft zurückzuführen ist. Aber das ist nur in gewissem Grade der Fall. Unrichtig ist die Ansicht, die gewerkschaftliche Bewegung ist die Folge der Rationalisierung, und daß man sich deshalb gegen die Rationalisierung wenden müsse, um die Erwerbslosigkeit zu beseitigen.

Um diese Ansicht auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, wollen wir einige Feststellungen machen. Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1925 haben wir allein seit 1 919 infolge Bevölkerungszunahme einen Zuwachs an Arbeitskräften von fast einer Million. Insgesamt hatten wir in Deutschland (ohne Saargebiet) im Jahre 1925 21,82 Millionen Erwerbstätige gegenüber 16,55 Millionen im Jahre 1907, bei der letzten Volkszählung der Vorkriegszeit. Die Gesamtzahl der gewerblich tätigen Personen hat demnach gegenüber 1907 um mehr als den vierten Teil, genau um 28,5 %, zugenommen. Die Bedeutung dieser Steigerung kommt uns erst dann zum Bewußtsein, wenn wir wissen, daß in dem gleichen Zeitraum sich die Bevölkerung „nur“ um 14 % vermehrt hat. Also, der Zugang an Erwerbstätigen seit 1907 ist verhältnismäßig genau noch einmal so groß als der Zuwachs der Bevölkerung überhaupt. Für diesen Vorgang finden wir zu einem Teil eine Erklärung in der Tatsache, daß die Frauenarbeit

stark zugenommen hat. Die Zunahme an weiblichen Erwerbstätigen seit 1907 betrug 1 283 388. Das sind 89,1 %, also weit mehr als der verhältnismäßige Zugang an Erwerbstätigen überhaupt. Hinzu kommt ferner, daß die 1 Million Heeres- und Marineangehörige nicht mehr — in dieser Zahlenhöhe! — vorhanden ist. Die Ansicht, daß die Erwerbslosigkeit lediglich eine Folge der Rationalisierung ist, ist nicht richtig, da wir seit 1907 eine Gesamtzunahme von 5 Millionen Erwerbstätigen haben.

Wir müssen also schon etwas tiefer schürfen. Zu diesem Zweck wollen wir „unser“ Wirtschaft, das heißt, die deutsche Wirtschaft, mit wenigen Strichen umreißen. Nach der Volkszählung von 1925 wohnen auf dem verhältnismäßig engen Raum von 472 000 qkm nicht weniger als 82,47 Millionen Menschen. Aus den Erträgen der deutschen Landwirtschaft kann diese Bevölkerung allein nicht ernährt werden, sondern höchstens 60 %. Für die restlichen 40 % müssen Rohstoffe und Nahrungsmittel vom Ausland eingeführt werden. Einfuhr kann aber auf die Dauer nur mit Ausfuhr bezahlt werden. Und da wir eine an menschlicher Arbeitskraft reiche Volkswirtschaft sind, so müssen wir der Gesamtzahl der schaffenden Hände die Erzeugnisse dadurch sicherstellen, indem wir zur industriellen Gütererzeugung Rohstoffe einführen und sie zu Halb- oder Fertigfabrikaten verarbeiten lassen. In dieser Herstellungsindustrie sind etwa 60 % der Erwerbstätigen beschäftigt, und ein sehr großer Teil der veredelten Rohstoffprodukte wird wieder ausgeführt, muß wieder ausgeführt werden, um wieder Rohstoffe und den Nahrungsmittelbedarf decken zu können. Auf den ausländischen Märkten ist man aber nur dann abhän-gig, wenn man mit der Rationalisierung der Wirtschaft der Konkurrenzländer Schritt hält. Wir sind also schon aus Gründen des so notwendigen Güterauskaufes gezwungen, auszuführen und zu rationalisieren. Aber da mit der Rationalisierung das Streben nicht erschöpft ist. Wir müssen auch einen kaufkräftigen Inlandsmarkt schaffen. Heute gibt es Millionen und Abermillionen, Erwerbslose und in Arbeitsbedürftige, die nur über eine sehr geringe Kaufkraft verfügen und sich infolgedessen vieles verlagern müssen. Auch deswegen ist Rationalisierung dringend nötig, und sie ist, wie wir wissen, im vollen Gange. Welche Leistungssteigerungen sind in einigen Wirtschaftszweigen erzielt worden. So ist im Bergbau die Leistung eines Bauers seit 1914 um 26,6 % gestiegen. Die Zahl der Belegschaft ist aber von 428 000 im Jahre 1913 auf rund 375 000 im August 1926 zurückgegangen. Im Aufwandsbereich des ersten Halbjahres 1926, also während der Wirtschaftskrise, ist im reinen Warenverkehr ein Ausfuhrüberschuß von 540 Millionen Mark erzielt worden. In derselben Zeit des Vorjahres — also 1925 — war ein sehr geringer Ueberfluß an Ausfuhr vorhanden. Dabei hatten wir eine sehr niedrige Erwerbslosenziffer, hatten also gute Konjunktur. Wenn wir demnach feststellen können, daß die große Zahl der Erwerbslosen nicht nur auf die Rationalisierung, sondern zum wesentlichen auf den Zuwachs an Erwerbstätigen zurückzuführen ist, wenn wir ferner feststellen, daß Deutschland, um den Güterauskauf ermöglichen zu können, rationalisieren muß und sogar die Steigerung der Ausfuhr in einer Krisenzeit mit Millionen Erwerbslosen möglich war, im Gegensatz zu der Zeit guter Konjunktur ohne Erwerbslosigkeit, so diese Erwerbslosigkeit

**Zum Gedächtnis Friedrich Eberts.**

Der 11. August ist der Verfassungstag der Deutschen Republik. Ihr erster Präsident war Friedrich Ebert. Es sei uns deshalb vergönnt, heute seiner zu gedenken, nicht nur als einstigen Oberhauptes der Deutschen Republik, sondern auch — unserer gewerkschaftlichen Einstellung gemäß — als eines unermüdbaren Propagandisten und Förderers des modernen Gewerkschaftsgedankens. Daran soll erinnert werden.

Friedrich Ebert wurde am 4. Februar 1871 als Sohn eines einfachen Handwerkers in Heidelbergs geboren. Seine Jugendzeit verließ wie die eines jeden Arbeiters. Nach dem Besuch der Volksschule, die ihn mit dem beruflichen geistigen Volkshändehandwerk, wie Paul Rampp in der „der verdienstvolle Biograph“ Eberts, anmerkt, erlernte er beim Meister Schmick das Sattlerhandwerk, und bald wurde man in der heimatsstädtischen Gewerkschule auf seine ungewöhnliche Begabung aufmerksam. Mit einem hellstehenden Blick für alle Erscheinungen und Schwächen des menschlichen Lebens ausgezeichnet, diesen Erscheinungen in ihrer Bedingtheit und Gesetzmäßigkeit auf den Grund zu gehen, sie zu beurteilen und nach Möglichkeit zu verändern, war schon dem Knaben und Jüngling ein unruhiges Bedürfnis. „Bewegung, Gestaltung“, das sind seine Leitworte, die, wenn er sie auch nicht gesprochen, so doch gesprochen haben könnte.

Nach Beendigung seiner Lehrzeit ging er auf die Wanderschaft. Doch schon Mannheim hielt den jungen Ebert fest. Hier hatte Dreesebach vor langer Zeit das „Waldsch-Pfälzische Volksblatt“ gegründet; die junge, aufstrebende Industriestadt konnte schon auf eine geschlossene, wohlorganisierte Arbeiterbewegung rüchtdicht stolz sein. Ein Schüler der seines Vaters, der Schneider Ströb, führte ihn in die sozialdemokratische Bewegung ein, die noch ganz im Sozialismus wurzelte. Marxisten vom Schlage unserer Zeit gab es meiste; es galt vornehmlich den Staat, der immer nur ein Herrschaftsinstrument der bestehenden Klasse gewesen war, für die Arbeiterschaft zu erobern, ein Bewußtsein, dem Ebert bis in seine Präsidentenzeit treu geblieben ist, und das uns noch heute Ansporn und Aufgabe sein mußte.

Man schrieb das Jahr 1889, das vorlehte des Sozialistengesetzes. Überall glühte es unterirdisch. Die Hände ballten sich. Man gründete Fachvereine, Fachvereine der Maurer, Töpfer, Tischler, Zimmerer usw., und gab diesen Vereinigungen Charakter und Bedeutung einer ersten gewerkschaftlichen Organisation. Ebert schloß sich sofort der Fachvereinigung der Sattler an und wurde noch im gleichen Jahre, 18jährig, Schriftführer des eben gegründeten hannoverschen Fachvereins. In den Nachstunden arbeitete er unermüdet an seiner Fortbildung und verschlang mit heiligem Eifer jene verbotene illegale, sozialistische Literatur, die

Julius Rotteler, der „rote Postmeister“, aus England und der Schweiz nach Deutschland brachte. Vom „kommunistischen Manifest“ über die Aufgabe des Proletariats belehrt und davon begeistert, wirkte er unermüdet, ertrug trostigen Herzens alle Vorfälle, mußte aber, da ihm jegliche wirtschaftliche Erfolge unmöglich gemacht wurde, 1890 Hannover verlassen.

Es folgten dann die unerlösten Kämpfe, Mahnrufen, Enttäuschungen aller Art, aber auch Erfolge. Das Jahr 1890 zählte schon 1 427 298 sozialistische Reichstagswähler, dagegen nur 200 000 Mitglieder der Gewerkschaften. Da gab es für Ebert noch viel zu tun. In Rastatt war er Gründer der Sattlerzunft, dann in Vorhagen, in Bochum oft verprügelter Helfer bei der Deputiertenwahl. Dann in Bremen, das seine zweite Heimat werden sollte, Kartellvorsitzender, Förderer der Konjunkturbewegung, Gründer einer Wärgenoffenschaft, Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung“, Stadtverordneter und langjähriger Arbeitersekretär.

Im Gegensatz zu Bebel, der noch auf dem Kölner Parteitag 1893 kurzfristigen Blicks die Aufgaben der Gewerkschaften durch die „Gesetzgebung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung“ beschnitten glaubte, hat Ebert den Gedanken der Notwendigkeit eines gewerkschaftlichen Zusammenschlusses aller Arbeiter unermüdet gepredigt, fundamntiert, verbreitert und das organisatorische Gerüst geschaffen helfen, wobei ihm über das Grab hinaus gedankt werden muß. Die Jahre hindurch galt sein Bemühen, der Arbeiterschaft Schutz, Raum, Brot und Erwerb zu schaffen. Die Aufgaben der Gewerkschaften lagen ihm auf dem Gebiete der sozialen Praxis. Sie waren ihm ein Schutzbarren gegen das Kapital, eine Erziehungsgemeinschaft zur Pflege einer proletarischen Solidarität, ein Nachhelfer der Arbeitenden.

So wurde er ein sozialpraktischer Führer sozialdemokratischer Politik. Nach fünfjähriger Tätigkeit im Bremer Arbeitersekretariat 1905 vom Parteitag in den Parteivorstand gewählt, war ihm die Bremer Zeit die beste Schulung und befähigte ihn, später als oberster Beamter dem Reich vorzustehen.

Im Jahre 1908 wurde in Verbindung mit dem Generalkommissionen der Gewerkschaften, den Vertretern der Jugend und der Sozialdemokratischen Partei die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend“ gegründet, die im letzten Vorkriegsjahr nahezu 800 Jugendausstellungen mit mehr als 100 000 Lesern der „Arbeiterjugend“ zusammenfaßte. Der Vorfall lag bei Friedrich Ebert. Jabrelang war er der „Schirmherr“ der proletarischen Jugend, kein verknöcherter Wohlfahtsbeamter, kein folgloser Behälter, ein Mensch mit großem Herzen und verständnisvollem Einblick in die Seele der Jugend.

Präsidentenschaft einer der maßgebendsten Führer sozialdemokratischer Reichspolitik. Noch im Juli 1914 lebten wir ihn als einen der eifrigsten Förderer des Friedens. Doch das Schicksal sollte härter sein. Auf der sozialistischen Konferenz (Stockholm 1917) sollte mittels der neutralen Sozialisten eine Verständigung mit den kriegsführenden Mächten ermöglicht werden, die jedoch durch die vom Generalstab von Koll im Augenblicke völlig ungeeignete Aufrollung der Kriegsschuldfrage zu einem Mißerfolg wurde. Der Krieg ging weiter. Die Umwälzung in Deutschland war der zweite gegebene Anknüpfungspunkt, diesmal die Reichsregierung zur Friedensbereitschaft zu veranlassen. Eine von David und Scheidemann verfaßte Denkschrift der Sozialdemokratie gab den Anstoß. Diese Bemühungen wurden auf das glücklichste von der Obersten Heeresleitung bekämpft, bis der 5. Oktober 1918 durch die von Ebert bei seinen Freunden durchgesetzte, von der Regierung erbetene Mitbestimmung an der Regierung eine Veränderung der Staatspolitik Deutschlands herbeiführte. Am 8. November wurde Ebert Reichskanzler, Vorsitzender des Rates der Volksbeauftragten, am 11. Februar 1919, in der Sitzung der Nationalversammlung, zum ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik gewählt, deren Verfassung er im August 1919 freute und Lösung schweben konnte. Während seiner fünfjährigen Präsidentenschaft als „Vertreter des ganzen Volkes“, nicht einer „Partei“, hat Ebert wenig berechtigt, dafür viel unbedingte Anforderungen und Verleumdungen erfahren müssen, die er mit beispielloser innerer Charakterfestigkeit ertrug. In rastloser Arbeit half er Deutschland wieder in den Sattel setzen, bemühte es vor allen Umständen der Feinde der jungen Republik. Erst der aus dem Winterhals schmachhaft lancierte Mahnruf der Verleumdungspropaganda im Jahre 1925 erschütterte ihn und verschimmerte ein altes Gallenleiden derart, daß er am 28. Februar des gleichen Jahres an den Folgen einer Operation verstarb, geschächt und verachtet vom In- und Ausland, betrauert von Millionen deutscher Arbeiter.

Arbeit war sein Leben. Fleiß, Ausdauer, Lächlichkeit, Lastrast, alle diese Tugenden belieh er in hohem Maße. Das empfand das deutsche Volk, als es ihm im Februar 1919 im Weimarer Nationaltheater zu seinem obersten Führer wählte. Denn das Deutschland, das in seinem Herzen wohnte, konnte nur durch Arbeit, Recht und Freiheit aufgebaut werden. Dafür lebte und wirkte er, bis er heimgehen mußte. Er war ein Sohn des Volkes und blieb es immer. Sein Lebenswille, seine ungeheure Lastrast mußte uns Vorbild sein. Wir sollten ihm nachsehen in seiner Treue. Er arbeitete sich zu Tode; wir sollen nur das Mögliche tun. Er hat die politische Demokratie geschaffen helfen — das war der erste Stein, die soziale zu schaffen, das ist unser Werk!

nicht erzielt wurde, so muß der Herd der Wirtschaftskrisis im Inlandsmarkt zu suchen sein, begünstigt durch die Umwälze der Erwerbslosigkeit. Die Ursache der Erwerbslosigkeit liegt auf dem völlig falsch geleiteten, weil von profitwütigen Kapitalisten beherrschten Inlandsmarkt!

Was sehen wir auf dem deutschen Inlandsmarkt? Wir sehen zunächst, daß die Rationalisierung bisher fast ausschließlich zum Vorteil der Unternehmer und der kapitalisgewaltigen gewesen ist. Die Rationalisierungsgewinne sind nicht zur Preisverbilligung, sondern zur Gewinnermehrung der Unternehmer benutzt worden. Das selbstverständliche Ergebnis einer Rationalisierung: die Erweiterung des inländischen Marktes ist und wird noch heute durch die 3000 Kartelle verhindert. Der Großhandelsindex ist seit 2 Jahren immer noch 37,1 % über dem Vorkriegsstand, und der Lebenshaltungsindex ist in den 2 Jahren sogar noch gestiegen und liegt heute 46,5 % über dem Stand von 1913. Infolge der Preispolitik der Unternehmer sind die Umsätze im Warenhandel auf dem Inlandsmarkt ständig zurückgegangen. Hier liegt die Ursache der Erwerbslosigkeit im Inlandsmarkt! Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Steigerung der Reallohn. Hinzu kommt, daß in der rationalisierenden Wirtschaft von den Arbeitern mit der üppig wuchernden Lohnerziel- und Ueberleistungsarbeit getrieben werden muß. Wie es damit aussieht, zeigt eine Statistik, die der Deutscher Metallarbeiterverband aufgestellt hat. Davon einige Beispiele: In einer weiffälischen Stadt wurden in 5 Betrieben, die 23 115 Arbeiter beschäftigen, wöchentlich 215 400 Lohnerzielstunden, je Arbeiter 10 Lohnerzielstunden wöchentlich geleistet; davon 30 480 Ueberstunden über die 56-Wochenlöhnerzielarbeitszeit. In dieser Stadt gab es 700 Erwerbslose. In einer süddeutschen Maschinenfabrik leisteten 580 Arbeiter wöchentlich 9280 Lohnerzielstunden, je Arbeiter 15 Lohnerzielstunden, davon 5800 Ueberstunden über die 54-Stundenwoche. In dieser Stadt gab es 607 Erwerbslose. Eine Zusammenstellung aus 30 Orten ergab folgendes: In 234 Betrieben leisteten 145 537 Arbeiter wöchentlich 1 167 751 Lohnerzielstunden, davon 114 122 Ueberstunden über die 52- oder 58-Stundenwoche hinaus. In diesen Orten gab es 70 837 Erwerbslose, von denen 24 328 in der 48-Stundenwoche voll beschäftigt werden könnten. Wir haben diese Zahlen gewöhnlich nicht, um mit dem Finger auf die Metalarbeiter zu zeigen, sondern weil sie die markantesten sind und aus einwandfreier Quelle stammen. Dokumente von Ueberleistungsindustrie könnte man auch aus andern Berufsgruppen beschaffen. Auch die Bauarbeiter in gewissen Gegenden ist nicht ganz frei von Ueberleistung. Diese Zahlen fordern gebieterisch die Verkürzung der Arbeitszeit, zumindest aber die Einführung der achtstündigen täglichen Normalarbeitszeit. Das wäre die vernunftgemäße Fortführung und Auswirkung der technischen und organisatorischen Rationalisierung. Das wäre der Anfang einer volkswirtschaftlichen Rationalisierung.

Die Rationalisierung liegt im Juge der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung; ein Kampf gegen diese Entwicklung wäre ein Kampf gegen Windmühlensügel. Er würde die Rationalisierung auch nur vorübergehend verhindern können und der Arbeiterkampf viel größere Opfer als jetzt auferlegen. Sollen die organisierten Hand- und Kopfarbeiter einen ebenso nutzlosen Kampf führen wie die unorganisierten englischen Maschinenführer vor 100 Jahren und wie die unorganisierten schifflichen Arbeiter der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts? Wir würden einfach erdrückt werden! Und die Opfer würden weit größer sein. Wir würden erneut die arbeitenden Schichten in einen Elendzustand versetzen, wie wir ihn in den Kriegs- und Inflationsjahren haben ertragen müssen. Schließlich aber müßte der Weg zur Rationalisierung doch beschritten werden, der sowieso schon viel zu spät beschritten worden ist.

Wir können unsern Kampf nicht gegen die Rationalisierung, sondern nur gegen das privatkapitalistische System richten, das allen Fortschritt sich restlos zunutze machen möchte. Im Tempo der Rationalisierung, ja in noch schnellerem Tempo muß die Arbeiterkraft sich einmütig und geschlossen zum Kampfe für die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Erhöhung der Löhne und gegen die preiszreibenden Kräfte zusammenfinden in den gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen. Alle Mittel, die geeignet erscheinen, die Gemeinnützigkeit zu verwirklichen, müssen mit voller Kraft benutzt, vorhandene gemeinschaftliche Einrichtungen gestärkt und ausgebaut werden. Dazu gehört auch die Pflege und Förderung der Bauhüttenbewegung. Sanktelt die Arbeiterkraft danach, dann wird die Rationalisierung nicht nur zu einem geringen Teil, sondern restlos ein Mittel zur Steigerung der Volkswirtschaft werden. Alles was wir heute erreicht haben — und das ist nicht wenig! — haben wir mit einem Bruchteil organisierter Arbeiter erreicht. Was können wir erreichen, wenn statt 4 Millionen 8 oder 10 Millionen Arbeiter in den Reihen der freien Gewerkschaften ständen! 80 % statt 40 % der deutschen Arbeiterkraft in den Reihen unierter Organisationen wäre eine kampffähige Truppe, die die Rationalisierungsfrage so lösen könnte, daß wir kein Erwerbslosproblem mehr hätten.

Das ist die große zeltgemäße Aufgabe, die uns die Gegenwart stellt. Die Sache der Werkstätigen wird um so eher an Boden gewinnen, je mehr und je schneller wir die Gedanken der Gewerkschaftsbewegung und die Gedanken des Sozialismus in die Köpfe der Gleichgültigen und Abseitsstehenden hineinspielen.

Mitgliederbewegung im ADGB. 1926.

Der Bericht des Vorstandes vom ADGB, spiegelt im allgemeinen das Entwicklungsbild in der Mitgliederzahl wider, das unser Bauergewerksbund für das Jahr 1926 ausweist. Unser Mitgliederbestand betrug Ende 1925 342 235, Ende 1926 339 150. Wir hatten demnach eine geringe Mitgliederzunahme, die heute natürlich längst ausgeglichen ist. Ähnlich liegt es bei fast allen Gewerkschaften, nur wenige haben im Jahre 1926 ihre Mitgliederzahlen verbessern können. Der geringe Mitgliederzuwachs in den dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften ist aber auch kein Wunder. Das Jahr 1926 war für die

deutschen Gewerkschaften eine starke Belastungsprobe. Raum war ihnen nach den verheerenden Folgen der Währungskaufkraftprobleme eine kurze Zeit der Sammlung und der finanziellen Erholung beschieden, als sie schon wieder von einer Krise des Wirtschaftsganges, wie sie an Umfang und Dauer während der letzten kapitalistischen Entwicklungsepoche in Deutschland nicht zu beobachten war, betroffen wurden. Nach zwei Seiten löste diese Krise ihre verhängnisvolle Wirkung auf die Gewerkschaften aus. Sie verminderte ihre Mitgliederzahl und belastete sie finanziell schwer durch Leistung großer Unterfertigungssummen bei einem gleichzeitigen starken Ausfall an Beiträgen durch erwerbslose Mitglieder. Die bedauerlichste Erscheinung ist, daß der im Vorjahre so hoffnungsvoll eingehende Aufschwung der Mitgliederbewegung in kurzer Zeit wieder jäb unterbrochen wurde, um sodann in einen Rückgang umzuschlagen. Wenn sich nun aber im Jahre 1925 der Aufstieg der Mitgliederzahlen nicht in dem erwarteten Umfang vollzog, so ist auch der Rückfall im Berichtsjahre nicht in dem Maße vorhanden, wie befürchtet werden konnte.

Die rückläufige Bewegung hat genau ein Jahr angehalten. Sie setzte bereits beim Beginn der Krise, im vierten Vierteljahr 1925, mit einem Verlust von 31 000 Mitgliedern ein und schloß im Berichtsjahre Ende September mit einer Schlußabnahme von 9710 Mitgliedern gegen das vorausgegangene Quartal. Am Schluß des Jahres konnte gegenüber dem tiefsten Stand (im September) schon wieder eine Zunahme von 48 337 Mitgliedern gebucht werden. Die gesamte Mitgliederzahl der Verbände betrug am Ende des Berichtsjahres 3 938 931 gegen 4 182 445 im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Die günstigere Entwicklung des Mitgliederbestandes setzte sich auch im neuen Jahre fort. Nach der vorläufigen Mitgliederstatistik war die Viertelljahreszahl am 31. März 1927 wieder erreicht.

Durch den Anschluß der Verbände der Glas- und der Porzellanarbeiter an den Verband der Fabrikarbeiter verminderte sich die Zahl der zum ADGB gehörenden Verbände von 40 auf 38, die zusammen 15 484 Einzelgewerkschaften hatten. Im Jahresdurchschnitt zählten die Verbände insgesamt 3 200 213 (1925: 3 282 684) männliche, 659 499 (751 585) weibliche, 117 597 (122 182) jugendliche, zusammen 3 977 309 (4 156 451) Mitglieder. Die in Klammern gegebenen Zahlen zeigen die gegen das Vorjahr eingetretenen Veränderungen des Mitgliederbestandes. Die Gesamtzahl nahm um 179 142 = 4,3 % ab. Diese Verminderung im Jahresdurchschnitt ist nicht so erheblich wie bei Gegenüberstellung der Jahresendzahlen. Berücksichtigt man, daß von den Mitgliedern der Verbände im Durchschnitt das ganze Jahr hindurch (unter Einrechnung der Kurzarbeiter) etwa der vierte Teil beschäftigungslos war, so ist, gemessen an diesem Umfang der Arbeitslosigkeit, der Verlust an Mitgliedern immerhin ein mäßiger zu bezeichnen. Das beweist auch zugleich, daß den dem ADGB angeschlossenen Gewerkschaften ein fester Mitgliederbestand von rund 4 Millionen angehört, der sich auch durch die Krise der Zeit nicht verflüchtigen läßt und trotz aller wirtschaftlichen Ungünstigkeiten zur Gewerkschaft steht. Diese Lehre können wir aus den vorliegenden Zahlen getroff ziehen. Und sie berechtigt zu den schönsten Zukunftshoffnungen. Denn dieser Stamm von 4 Millionen Gewerkschaftskämpfer bietet nicht nur die Gewähr, daß unsere Gewerkschaften stets ein starker wirtschaftlicher Machtfaktor der Arbeiterkraft sein werden, er wird auch dafür sorgen, daß der Bewegung immer neue überzeugte Kämpfer ersehen und so der Einfluß der Gewerkschaften auf das gesamte Wirtschaftsleben immer größer und gewaltiger wird, ein Einfluß, dem sich selbst die hartgefolgsten Scharfmacher im Unternehmerlager nicht werden entziehen können!

Massensteuern als Konjunkturbarometer.

Die Zölle und Verbrauchsabgaben hatten insgesamt im Juni eine Höhe erreicht wie in keinem Monat nach der Stabilisierung. Die Belastung der Massen durch öffentliche Abgaben wird dadurch unwiderrleglich dargelegt. Aber die Entwicklung der untenstehenden Zahlenreihen gibt auch den Verlauf der Konjunktur wieder. Denn schon die große Summe der Zolleinnahmen deutet auf eine Einfuhrsteigerung hin, wie sie nur ein industrieller Hochconjunktur verdauen kann. Das Gesamtbild ergibt sich aus folgendem:

Table with 5 columns: Monatsdurchschnitt, Zölle, Verbrauchsabgaben, Sonstige, Gesamtsumme. Rows for 1926, 1. Quartal, 2. Quartal, 3. Quartal, 4. Quartal, 1927, 1. Januar, 1. Februar, 1. März, 1. April, 1. Mai, 1. Juni.

Die Besserung der deutschen Wirtschaft wird im Spiegel dieser Zahlen offenbar. Die Umsatz-, Beförderung-, Wechselstempel-, Lohnsteuer, Zölle und Verbrauchsabgaben haben im ersten Quartal des Rechnungsjahres mehr als 60 % der gesamten Reichseinnahmen gebracht. Es ist die breite Masse, die hier als Zahlträger auftritt. Hieraus kann man ersehen, wer in Deutschland die öffentlichen Kassen in der Hauptfrage zu tragen hat.

Grenzkonferenz in Troppau.

Am 24. Juli tagte in Troppau (Tschechoslowakei) eine Konferenz, die von dem Deutschen Bauergewerksbund, dem Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, dem Deutschen Bauarbeiterverband und dem Zentralverband der Bauarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik besichtigt war. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hatte sein Fernbleiben entschuldigt. Wie am 1. Juni in Aisch stattgefunden (siehe Nr. 25 des „Grundstein“), hatte auch diese Konferenz die Aufgabe, die Propaganda unter den im Grenzgebiet hin- und herwandernden Bauarbeitern zu fördern und zu regeln. Maßgebend hierbei sollte sein der am 1. Februar 1926 zwischen den interessierten Verbänden abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag. Unter den im deutschen Grenzgebiet arbeitenden Bauarbeitern aus der Tschechoslowakei ist die Werbetätigkeit besonders deshalb schwierig, weil in der Tschechoslowakei

eine kaum zu überbietende Organisationszerpflüchterung besteht. Die un- oder falschorganisierten Bauarbeiter aus der Tschechoslowakei bilden durch ihr Verhalten auf den deutschen Bauarbeiterplätzen für die Lebenshaltung der deutschen Bauarbeiter in Kolonnen ganze Bauten belegen und die Arbeiter im Altkord auszuführen versuchen, sind sie auch sonst gern bereit, die tariflichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu mißachten; sie kennen keinen Achtungstag und halten auch nicht immer fest an den tariflichen Lohnsätzen.

Die Konferenz beriet über Mittel und Wege zur Besserung dieser Zustände. Der mit den tschechischen Verbänden abgeschlossene Gegenseitigkeitsvertrag soll als unser Arbeitsprogramm gelten. Mitglieder der tschechischen Verbände können nur dann ihre Mitgliedschaft in ihrem Heimatlande aufrecht erhalten, wenn sie täglich oder längstens wöchentlich zwischen Arbeits- und Wohnort verkehren, ferner die dem Verdienst entsprechenden Beiträge leisten und sich am Arbeitsort den Beschüssen und der Ordnung des Verbandes des Arbeitslandes unterwerfen. Diese Mitglieder haben neben ihren ordentlichen Beiträgen in der Heimat in den deutschen Organisationen 50 % Lokalauftrag zu zahlen. In einem Ueberweisungsgewinnener Mitglieder mit Schwierigkeiten verknüpft, dann sollen diese Mitglieder zunächst in unserer Organisation weitergeführt und im übrigen wie unsere eigenen Mitglieder behandelt werden. Der Gegenseitigkeitsvertrag mit den Verbänden in der Tschechoslowakischen Republik, dem deutschen Bauarbeiterverband (Sitz Leidenberg), dem Zentralverband (Sitz Prag), enthält in seinem § 8 folgende Bestimmung:

„Die Vertragskontrahenten verpflichten sich, dahin zu wirken, daß Arbeiter, die keiner der vertragschließenden Organisationen als Mitglied angehören und aus irgend einem Grunde dazu nicht überführt werden können, keine niedrigeren Beiträge zahlen als die am Arbeitsort üblichen.“

Von unsern Vertrauensleuten ist die strikte Durchführung dieser Bestimmung zu fordern. Noch mehr gilt das aber von der folgenden Bestimmung aus § 3 des Gegenseitigkeitsvertrages:

„Die Mitglieder haben insbesondere gemeinsam und solidarisch mit den Mitgliedern des Arbeitslandes dafür zu sorgen, daß auf der Arbeitssphäre als unorganisierten oder bei einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Berlin oder der gemeinamgewerkschaftlichen Landeszentrale in der Tschechoslowakischen Republik nicht angeschlossenen Gewerkschaft organisierte Arbeiter, der zuständigen Organisation als Mitglieder zugeführt werden.“

Unsere Bauergewerkschaftsvorstände haben es bei ihrer Werbearbeit nicht nur mit den Christlichen und Nationalisten aus der Tschechoslowakei zu tun, sie werden auch stark in Anspruch genommen von dem zahlreichen Auftreten der Mitglieder des kommunistischen Verbandes in der Tschechoslowakei. Dieser Verband, der sich offiziell nennt: „Internationaler Allgemeiner Arbeiterverband in der Tschechoslowakischen Republik“ (abgekürzt: I. A. W.), hat seinen Sitz in Prag, er wird sehr oft verdeckt mit dem Zentralverband der Bauarbeiter, dessen Vorsitzender Karl Letenka ist. Der letztere Verband ist Kontrahent des Gegenseitigkeitsvertrages, er gehört auch wieder der Bauarbeiter-Internationalen an, nachdem ihn auf Beschluß der Arbeitersektion des Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes angeschlossene haben. Die Mitglieder des I. A. W. stehen in schärfstem Kampfe zu unserer Gewerkschaft. Der I. A. W. ist Mitglied der Roten Gewerkschaften-Internationalen und damit ein Leiden unserer Internationalen. Wollen wir die Frage beantworten: Was ist der I. A. W.? dann genügt die Erklärung, daß er nichts anderes ist, als was der frühere Verband der Ausgeschlossenen in Deutschland war. Während in Deutschland auf Moskaus Befehl die kommunistische Partei auf: hinein in die Gewerkschaft und auf diese Weise die Zerrüttung und Eroberung der Gewerkschaften von innen heraus zu betreiben suchte, befehlt Moskau, es in der Tschechoslowakei umgekehrt zu treiben, nämlich die Gewerkschaften von außen her zu berennen durch Bildung eigener Verbände. Das ist der I. A. W. Unsere Mitglieder werden nun wissen, was sie zu tun haben. Die Mitglieder des I. A. W. können nicht als Gewerkschaft angesehen, sie müssen wie Unorganisierte behandelt werden. Der Gegenseitigkeitsvertrag mit den der Bauarbeiter-Internationalen angeschlossenen Verbänden in den Wegweiser zur entsprechenden Arbeit.

Die Konferenzteilnehmer waren sich darüber einig, daß durch schriftliche und mündliche Verbindung der Verwaltungen unserer Verbände, durch gegenseitige Verwalterbesuche, durch Pressenotizen und Flugblätter, durch Verstärkung unserer Agitationskräfte und unermüdbare Tätigkeit unserer Baudelegierten eine Besserung der Zustände zu erreichen ist. Vor allem muß darauf geachtet werden, daß die einmal gewonnenen Mitglieder durch regelmäßige Kaffierung der Beiträge und ständige Kontrolle auf ihre Organisationszugehörigkeit hin den Verbänden erhalten bleiben. Dadurch wird uns viel Arbeit erspart, auch werden dann die Organisationsverhältnisse stabiler und übersichtlicher gefastet.

31. deutscher Krankenkassentag.

Am 24. Juli und die folgenden Tage fand in Königsberg der diesjährige deutsche Krankenkassentag statt. Wie man es bei den Tagungen des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen gewohnt ist, vermittelte sich auch diesmal eine große Zahl von Praktikern und Kassenangestellten, Vertretern der Unternehmer, der Versicherten und der Behörden, um zu den brennenden Problemen der Krankenversicherung Stellung zu nehmen. Unfast doch der Hauptverband deutscher Krankenkassen 10 1/2 Millionen Versicherte und damit mehr als die Hälfte der Krankenversicherung im Reich. Die Bedeutung einer solchen Spitzenorganisation ist ohne weiteres gegeben. Anwesend waren in Königsberg 661 Versicherte, 275 Vertreter der Unternehmer, 460 Angehörige 36 Vertreter von Behörden und zahlreiche Ehrengäste. Alle Behörden, die nur irgendwie

mit der Krankenversicherung zu tun haben, hatten Vertreter entandt. Das Internationale Arbeitsamt war durch den ausgezeichneten Kenner der internationalen Sozialversicherung, Herrn Dr. Stein vertreten. Der Vorsitzende des Hauptverbandes, Stadtrat Ahrens, Berlin, eröffnete und leitete die Versammlung.

Der Geschäftsführer des Verbandes, Genosse Helmuth Lehmann, gab den Geschäftsbericht. Er fasste sich dabei auf das vom Hauptverband herausgegebene Jahrbuch der Krankenversicherung 1926. Dieses Jahrbuch ist ein Standardwerk, das Material von ungeheurer Fülle enthält und für jeden, der sich mit diesem Problem beschäftigen muß, geradezu unentbehrlich ist. Genosse Lehmann nahm in seinem Geschäftsbericht Veranlassung, auf die Neugründungen von zahlreichen Innungskrankenkassen hinzuweisen. Er wandte sich besonders gegen den preussischen Wohlfahrtsminister, der sich nicht im geringsten um die Entschleunigung des Reichstages kümmerte, die eine scharfe Kampfrückführung der Verdrängung der Innungskrankenkassen verlangt. Im übrigen rechnete Lehmann mit der Besse ab, die in den letzten Monaten und Jahren gegen den Hauptverband insofern wurde. Ganz selbstverständlich mußte auf die Leistungen von Dr. Liss, Erkelenz und andern eingegangen werden. Es verfiel sich am Rande, daß Lehmann hier treffende Worte der Verdrängung fand. In der Aussprache konnten selbst die Unternehmervereine nicht umhin, den Leistungen des Hauptverbandes und der ihm unterstehenden Kassen volle Anerkennung zu zollen. Ministerialdirektor Griesler vom Reichsarbeitsministerium tat das gleiche. In der Entschleunigung zu dem Referat Lehmann, die einstimmige Annahme fand, heißt es u. a.: „Die Krankenkassen bedeuten eine schwere Erschütterung des Grundfußes der Gefahren-gemeinschaft, auf dem sich die Krankenversicherung aufbaut. Die Gefährdung muß daher alles tun, um die Krankenversicherung, statt sie durch immer weitere Zerstückelung zu schwächen, durch Zusammenfassung aller Kräfte ihrem höchsten Wirkungsgrade entgegenzuführen. Diesem Ziele dient die Bildung von bezüglichen Hilfskassenverbänden, denen sämtliche Leistungen einschließlich der Krankenkassen anzugehen haben.“

Ueber die übrigen Vorträge und Erörterungen auf dem Krankenkassentag berichten zu wollen, würde zu weit führen. Dr. Stein von Internationalen Arbeitsamt sprach über „Die internationale Arbeitskonferenz zur Krankenversicherung“; Professor Dr. Adam über „Sozialhygienische Volkshilfe“; Dr. med. Schwéers über „Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsfürsorge“; Generalsekretär Dr. Roelichmann über „Mitwirkung der Krankenkassen bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“; Prof. Dr. Langfein über „Säuglingsfürsorge und Krankenkassen“; Prof. Dr. Chajes über „Die Bekämpfung der Berufskrankheiten“; Geschäftsführer Wohmann über „Die Neuwahlen bei den Krankenkassen“. Zum Schluß sprach Geschäftsführer Kraß, der Schriftleiter des Hauptverbandes, über das wichtige Thema „Die Aufgabe in der Krankenversicherung“. Alle Redner legten Leisige und Entschleunigungen vor, die von der Versammlung fast immer einstimmig angenommen wurden. Den Abdruck müssen wir uns versagen. Wir verweisen unsere Leser auf den demnächst erscheinenden Bericht und auf die Zeitschrift „Deutsche Krankenkassen“, die in den letzten Nummern über den deutschen Krankenkassentag eingehend berichtet. Einige Sätze aus der Rede des Genossen Dr. Stein von Internationalen Arbeitsamt möchten wir unsern Lesern jedoch nicht vorenthalten:

„Wir wünschen und wollen die Weltgeltung der Krankenversicherung. Wir wünschen sie, weil sie den Einzelnen innerlich frei macht. Wir wünschen sie zu unsern wirtschaftlichen Schatz, aber wir empfehlen sie den andern Völkern nicht als Eignung. Das Jahrhundert der Weltwirtschaft bedarf einer internationalen Ordnung der sozialen Rechte. Das Jahrhundert der Rationalisierung wäre sinnlos, wäre es nur auf gesteigerte Gütererzeugung, nicht aber auf pflegliche Behandlung der arbeitenden Menschen bedacht. Die Weltgeltung der Krankenversicherung wird kommen. Sie bildet Deutschlands Beitrag zur Lösung der sozialen Frage. Nach diesem Beitrag wollen wir beurteilt werden: als ein großes, weil seiner sozialen Verantwortung sich und der Welt bewußtes Volk. Die Weltgeltung der Krankenversicherung wird kommen. Und Millionen und Millionen arbeitender Menschen im fernem Ausland werden ihre Befreiung von wirtschaftlichem und hygienischem Notstand verdanken dem Vater der internationalen Krankenversicherung. Ihnen, den deutschen Versicherungsvertretern, die jahraus, jahrein opferfreudig der sozialen Gemeinschaft dienen!“

Der nächste Krankenkassentag soll in Breslau stattfinden; dort wird auch darüber beschlossen werden, ob die Hauptversammlung alljährlich oder in zweijährigen Abständen stattfinden soll. In der nächsten Zeit müssen die Wahlergebnisse der Krankenkassen einzeln veröffentlicht werden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder mit dieser Frage beschäftigen. Die Verhandlungen des diesjährigen Krankenkassentages bieten hierfür glänzendes Material.

Untertarifliche Entlohnung verstoßt gegen die guten Sitten.

In die Stammbücher gewisser Unternehmer müßte von Rechts wegen ein bedenkliches Urteil des Reichsgerichts eingetragen werden, das es gegenüber einem Unternehmen fällt, das da glaubt, es nicht nötig zu haben, die für allgemeinverbindlich erklärten Minimalsätze des Tarifvertrages einzuhalten. Das Landgericht I Berlin und sodann als Berufungsinstanz das Kammergericht, 10. Zivilsenat, hatten in einem Urteil dahin erkannt, daß der Unterbieter tariffreier Wettbewerber gegen die guten Sitten verstößt und die tariffreien Unternehmer gegen den tarifstreuen Wettbewerber einen Anspruch auf Unterlassung und auf Schadenersatz haben. Wegen dieses Urteils war von der Beklagten Revision beim Reichsgericht eingelegt worden. Der 2. Zivilsenat des Reichsgerichtes hat nun die Revision als unbegründet zurückgewiesen und durch Urteil vom 12. April 1927, VItenzenzen II, 425/26 folgenden Grundsatze aufgestellt:

„Wer im gewerblichen Interessenkampf trotz der erfolgten Allgemeinverbindlichkeitserklärung eines Tarifvertrages tariffreie Wettbewerber auf Grund einer untertariflichen Entlohnung seiner Angestellten unterbietet, verstoßt gegen die guten Sitten. Die tarifstreuen Wettbewerber haben deshalb gegen den tariffreien Wettbewerber einen Anspruch auf Unterlassung und Schadenersatz. Der Verstoß gegen die guten Sitten wird darin gesehen, daß der Beklagte den Tarifvertrag nur darum nicht einhält, um die gesetzestreuen Wettbewerber unterbieten zu können. Er hat sich planmäßig unter Nichtachtung des auch ihn bindenden Tarifvertrages billigere Entlohnungspreise geschaffen, um sich so im Wettbewerb einen Vorprung zu sichern. Wemgleich die billigere Preisstellung kraft der allgemeinen Gewerbfreiheit an sich erlaubt ist (mochte auch der Wettbewerb des Beklagten hierdurch für die übrigen Unternehmungen noch zu unebenem und nachteilig sein), so haben die Vorinstanzen das vom Beklagten gewählte Mittel im gewerblichen Wettstreit doch mit Recht für unethisch erklärt. Denn er kann nicht betreiben, daß seine niedrigeren Preise nur durch die untertarifliche Entlohnung seiner Angestellten verursacht sind.“

Ein erlaudliches und begrüßenswertes Urteil im Kampfe gegen Saboteure der Tarifverträge. Wem sich auch besonders die Unternehmerorganisationen dieser Urteilsurteile bedenen. Wenn sie wollen, können sie mit ihr viel erreichen.

Die deutschen Bauhütten.

Als im Jahre 1890 der Verband der Maurer Deutschlands gegründet wurde und dann später, begünstigt durch eine gute Bauwirtschaft einen beachtenswerten Aufschwung nahm, dachte wohl noch keiner der führenden Kollegen des Verbandes an die Schaffung von Bauhütten. Trotz Krieg und Inflation sind auch sie, nachdem inzwischen der Baugewerksbund gebildet war, ins Leben gerufen worden. In Berlin haben wir neben der „Bauhütte“ noch die „Deutsche Bauhütte“; daneben noch außerdem die Bauhütten der Töpfer und der Maler.

Weshalb ein Werdgang für die baugewerkschaftlichen Organisationen in dieser Zeit? Von der Lokalarorganisation zur Zentralorganisation! Vom 12- bis 13tägigen Arbeitstag auf dem Lande und in den kleineren Städten, dem 10tägigen Arbeitstag in den Großstädten zum Achtstundentag für den ganzen Beruf! Von der Nachschiffung des einzelnen Kollegen zum Tarifvertrag im ganzen deutschen Baugewerbe! Und dies alles trotz der Vorwürfe der unermüdlichen Stänker, der schier unermüdlichen Besserwisser, die immer wieder verstanden, die gemerktschaftliche Organisation mit allen ihren Führern fauge nichts, sie habe keinen Zweck! Ihr lieben „Kritiker“, die Ihr den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen könnt, Ihr vielleicht niemals gesehen habt, hört doch endlich einmal her und gebt acht auf das, was auch schon immer die Vernünftigen unter uns gesagt haben und was sie Euch immer wieder zu sagen haben. Schaltet endlich Euer altes Handwerk aus, womit Ihr das Ganze schon oft geschädigt habt. Seht doch endlich auf den „Tanz-aus-der-Kelche“. Ihr bisher durch Euer Verhalten angerichtet habt, wieder gutzumachen. Ihr braucht zu diesem Zwecke ja nur den Mund zu halten und den Versuch zu machen, mit beiden Füßen auf der Erde zu stehen. Das tut auch dann, wenn Euch das Glück befehligt ist, in einem Bauhüttenbetrieb beschäftigt zu sein. Hier müßte Ihr eigentlich erst recht vernünftig handeln, denn hier seid Ihr ja Unternehmer und Arbeiter zugleich. Hier fällt der etwa erzielte Arbeitsertrag nicht dem Privatkapital zu, sondern er bleibt Eigentum der Bauhütte und damit der gemerktschaftlichen Organisation. Dieses Eigentum bleibt auch dann bestehen, wenn der einzelne Kollege die Tätigkeit bei der Bauhütte aufgibt oder sie wegen Arbeitsmangels vorübergehend aufgeben muß. Ist doch jedes Stück Handwerkszeug, jeder Maurerstein, jedes Stück Holz Eigentum der gemerktschaftlichen Organisation, der wir als Mitglieder angehören, die diese Bauhütte gegründet hat. Da ist es unsere doppelte Pflicht, mit dem uns anvertrauten Gut hauswärts und vernünftig umzugehen. Wenn schon der private Unternehmer von jedem bei ihm beschäftigten Arbeiter mit Recht verlangt, das zur Ausführung der Arbeit benötigte Material vernünftig zu behandeln, so haben wir um so mehr die Pflicht, Handwerkszeug und Material im Bauhüttenbetrieb zu schützen. Der ideale und materielle Wert, der heute schon in unseren Bauhütten steckt, hat für die Zukunft unbegrenzte Möglichkeiten. Die Bauhütten sind im wirtschaftlichen Kampf ein wichtiger Faktor, dessen Bedeutung der organisierten Arbeiterklasse ständig zum Bewußtsein gebracht werden muß. Ein Stück gemerktschaftliches Handwerkszeug von solcher Qualität und solchem Ausmaß muß geübt und gepflegt werden.

Die in den Bauhüttenbetrieben beschäftigten Hand- und Kopfarbeiter haben eine große Aufgabe zu erfüllen. Sie haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Betriebe gut funktionieren, sie müssen das ihnen anvertraute Gut vor jedem Schaden bewahren. Die Bauhütten, zu unsern Schutz und den Unternehmern zum Trutz gegründet, müssen das Haus der Zukunft werden! Von solchen Gedanken geht aus, das ist der Organisation nächster als alles unbegründete, mäkelnbe und schädigende Gerede!

W. F., Berlin.

Bauplastik.

Zu dem Aufsatz „Bauprobleme der Großstadt Berlin“ von Walter C. Dohlewitz in Nr. 28 des „Grundstein“ erhalten wir von einem Berliner Stückbildhauer eine auch unserer persönlichen Ansicht entsprechende Entgegnung, die sich gegen die „neue Sachlichkeit“ wendet und für eine stillere Verwendung von Plastiken und Ornamenten eintritt. Er schreibt dazu das folgende:

Ist es wünschenswert, daß jede Bauverzierung im Zeitalter der „neuen Sachlichkeit“ verschwindet? Sieht nicht ein völlig schmuckloses Haus, wenn solches Fassaden sich in Massen aneinander reihen, nicht gar zu nüchtern aus? Ein Haus mit wenig, aber gut angebrachten Schmuck, steht doch immer noch besser aus, als eine völlig nüchternen Fassade.

Selbstverständlich ist Maßhalten gut; überladene Hausfronten sind geschmacklos. Ein Haus mit guter und dauerhafter Verzierung sieht immer gut und vornehm aus.

Erfordert der gute Geschmack die völlige Verschönerung jedes Ornaments, jedes figurativen Schmuckes? Sicher nicht! Heute fällt man von einem Extrem ins andere, früher überlad man die Fassaden nur allzuhäufig mit geschmacklosem Schmuck — das durfte nicht sein; heute dagegen fällt man ins andere Extrem, man vermeidet jeden Schmuck. Beide Extreme sind vom Uebel. Auch hier liegt die Wahrheit, das heißt, der gute Geschmack, in der Mitte. Gewiß ist in früheren Zeiten viel geschmacklos worden. Das soll nicht in Abrede gestellt werden. Die guten Architekten und Bildhauer haben dies schon damals verurteilt. Sie wünschten wenig, aber gute, vorzügliche Bildhauerarbeit.

Gute Arbeit muß aber auch gewürdigt und entsprechend bezahlt werden. Gute Arbeit und (schlechte) Bezahlung reimt sich nicht zusammen. Gute Bauplastik war zu allen Zeiten bei den Kulturvölkern beliebt, geschätzt und wurde auch gewürdigt. Wahre Kunst ist eben ein Beweis kulturellen Hochstandes das Gegenteil aber ein Zeichen allgemeinen Niederganges und allgemeiner Verarmung, nicht nur materieller, sondern auch geistiger Art. Alle kulturell hochstehenden Völker, wie die Griechen und die Römer, das Zeitalter der Gotik, und die der Renaissance liebten reichliche Beispiele vorbildlicher Bauplastik. Soll diese gute Tradition nun mit einem Male abgebrochen werden? Auch wir wollen nicht Kopien aller Vorbilder. Unsere Zeit soll Gleichwertiges, ja Höherwertiges an die Stelle des Alten setzen. Das ist unsere Aufgabe; die der Nähe der Bienen wert ist. Wenn unsere Zeit sich erst auf sich selbst bekennt, wird nicht nur technisch Hochwertiges, sondern auch ästhetisch und künstlerisch Vollendetes geleistet werden. Kunst ist kein Luxus, sondern ein Beweis für kulturelle Werte, die ein Volk schafft. Die Kunst ist ein Thermometer für den Kulturstand eines Volkes. Wir müssen auch auf diesem Gebiete wieder zu guten vorbildlichen Leistungen kommen — und werden es auch! Daran mitzuarbeiten, das ist die Aufgabe aller Kollegen. Vor allem der Presse, der Baufachleute, der Architekten und der Bildhauer und nicht zuletzt die des Volkes selbst.

C. Lingna u., Bildhauer.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Arbeitsstellungsergebnis vom 18. Juni 1927.

Berufsgewerbe	In den berichtenden Baugewerkschaften												
	waren am Berichtstellungstage arbeitslos												
	Insgesamt	Bau- und Baugewerkschaften	Plumbar	Strom- und Wasserversorgung	Handwerk	Metallindustrie	Textilindustrie	Chemie	Lebensmittelindustrie	Metallindustrie	Metallindustrie	Metallindustrie	Metallindustrie
Danzig	7	10078	77	292	12	—	—	—	—	—	—	—	—
Dresden	1	2662	61	148	2	—	—	—	—	—	—	—	—
Stettin	66	12010	44	129	12	—	—	—	—	—	—	—	—
Breslau	64	28262	29	1278	19	—	—	—	—	—	—	—	—
Berlin	64	88411	118	1028	207	272	—	—	—	—	—	—	—
Wuppertal	51	47	29016	65	93	—	—	—	—	—	—	—	—
Leipzig	44	44	12350	176	800	—	—	—	—	—	—	—	—
Frankfurt	18	18	28524	333	1012	—	—	—	—	—	—	—	—
Köln	14	14	18060	200	1028	48	20	10	11	4	—	—	—
Dortm.	14	14	12723	24	190	29	18	11	7	2	—	—	—
Hamm.	48	48	12349	83	81	—	—	—	—	—	—	—	—
Worms	28	28	12377	28	14	—	—	—	—	—	—	—	—
Hamburg	72	72	24485	112	830	128	6	68	42	—	—	—	—
Hof	60	60	6776	48	56	—	—	—	—	—	—	—	—
Brach.	47	47	6272	102	927	89	16	44	8	40	—	—	—
Münch.	26	26	14498	22	14	—	—	—	—	—	—	—	—
Wien	51	51	12823	118	811	1	—	—	—	—	—	—	—
Stuttg.	21	21	7192	90	209	2	—	—	—	—	—	—	—
Wetzlar	11	11	14748	118	314	28	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...

Der Stand der Arbeitslosigkeit ist gegenüber der Vorwoche fast gleichgeblieben. Von 667 Baugewerkschaften wurden 655 mit 362 390 Mitgliedern von der Zahlung erfaßt. Davon waren 19 076 oder 4,44 % arbeitslos. In der Vorwoche waren es 16 638 oder 4,08 %. Ueber 10 % Arbeitslosigkeit haben nur der Freistaat Danzig mit 15,4 % und der Bezirk Wuppertal mit 10,1 %. Die geringste Arbeitslosigkeit haben die Bezirke Wuppertal, Hannover mit 0,6 % und Magdeburg mit 0,8 %. Die meisten Baugewerkschaftsarbeiter, Stukkateure, Glaser und Erdbauarbeiter, die Zahl der Arbeitslosen noch etwas abgenommen. Dagegen ist die Arbeitslosenzahl gestiegen bei den Betonarbeitern, Töpfern, Fliesenlegern, Plattenlegern, Bauwerkmeistern, Isolierern und Steinholzlegern.

Streiks und Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhüttenarbeiter und Tiefbauarbeiter:** Geprüft wird in Braunlage (Baugewerkschaft Hvale), Gelsen (Baugewerkschaft Krefeld), Lützenbach-Schwargenberg (Baugewerkschaft Karlsruhe), Schwirz (Baugewerkschaft Dels), Unternehmern Hirsch, Geprüft ist von der Baugewerkschaft Jasterburg der Unternehmer Jaukauf, Bau Streifen.

**Stukkateure und Glaser:** Nach Viefefeld und Herford ist Jugug fernzubauen. Die Wauffelle Meier in Pippinghausen bei Herford (Stuckarbeiten von Luermann, Detmold) ist gleichfalls gesperrt.

**Töpfer:** Geprüft ist für Fönfseher Burg bei Magdeburg (Wilemann), Muskau, Stofp I. Pommer.

Mains. Das Baugewerk Ernst Behne, das für die Stadt Mainz Kanalbauten ausführt, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und unter Geschäftsaufsicht gestellt. 17 Kollegen, die dort beschäftigt waren, haben ihren Lohn nicht bekommen. Noch vorhandene Guthaben der Firma sind vom Finanzamt und von Steueranten mit Beschlag belegt. Unter solchen Umständen wird vor Arbeitsaufnahme bei der genannten Firma gemahnt!

Glaf. Der Straß in O f k m a c h u ist mit einem vollen Erfolg beendet. Die Rohrerung betrug 5 3 je Stunde und wird vom 1. Juni an nachgezählt. Die Lohnabmachung gilt bis zum 30. September 1927.



könne, da müßten schon von denen, die dies der Belegschaft aufgedrückt haben, auch die Mittel im Landtag bewilligt werden. Für die Bauwerke Hydrolektrisches Spelzwerk Niederwartha hat man sich mit den Unternehmern geeinigt, für dies Bauwerk, das sich über 4 Lohnklassen erstreckt, den Lohn der Lohnklasse I zu zahlen. — Unsere Mitgliederzahl ist seit Ende 1926 von 12 448 auf 13 257 gestiegen. Die Beitragszahlung ist befriedigend. Nur wäre zu wünschen, daß alle, die sich der Organisation anschließen, auch freie Mitglieder bleiben. Leider glaubt ein großer Teil der Lohnarbeiter, ohne Organisation leben zu können. — Den Kassenbericht gab Kollege F a l z. Die Lokalkasse schließt am Schlusse des 2. Quartals mit einem Kassenbestand von 154 194,28 M ab. Kollege F i l l e b e berichtete über die Revision der Kasse, es sei alles in bester Ordnung befunden worden. Die Ansprache ergab, daß der Vorstand im Sinne der Mitglieder gearbeitet hat; er wurde einstimmig entlassen. Als Kandidaten für den Bundesstag wurden aufgestellt von den Maurern Barth, Pabst, Jätschler und Fischer, für die Hilfsarbeiter Immemann, Noack, Moshage, Thümmel, Schramm und Schumann. Von den Maurern sind bei der Urwahl zwei, von den Bauhilfsarbeitern drei zu wählen. Zum Bezirkskongress geben von beiden Fachgruppen je acht Kollegen. Die Beratung von Anträgen zum Bundesstag entfiel eine längere Aussprache. 19 Anträge zur Bundesbesetzung lagen vor. Außerdem beschäftigten sich eine Reihe Anträge mit dem Ausschluß Fälscher. Diese Anträge wurden abgelehnt. Weitere Anträge parteipolitischer Natur wurden, weil sachungsunfähig nicht zur Besprechung zugelassen. Ein Antrag auf Herausgabe eines Mittelungsbüchleins für die Baugewerkschaft wurde der Verwaltung zur weiteren Beratung überwiesen. Kollege R o a d e machte noch den Vorschlag, aus lokalen Mitteln etwas zu tun für die von der Unwetterkatastrophe betroffenen Mitglieder des Baugewerksbundes. Kollege Barth versichert, wenn Hilfe notwendig ist, daß dies geschehen werde. Kollege L e h m a n n erinnerte an den am 31. Juli in Augustusburg stattfindenden Jugendtag für den Bezirk Sachsen. Er ersuchte, in den Bezirken für rege Beteiligung zu sorgen. Mit kurzen geschäftlichen Mitteilungen schloß dann die Vertretertagung.

**Größl.** (Adolf Puffschke †.) Am 27. Juli verchied nach langem schweren Leiden unser treuer Kollege, der Maurer Adolf Puffschke. Puffschke war einer der Mitbegründer unserer früheren Zählstelle. Unbeirrt ging er seinem Ziel entgegen. Stets leistete er ruhig und überzeugt Gewerkschaftsarbeit; niemals ward es ihm zuviel. So hat er sich Achtung und Ansehen nicht nur bei seinen Kollegen, sondern auch bei den Unternehmern verschafft. Mögen die noch lebenden, und ganz besonders die jüngeren Kollegen, sich unsern Puffschke zum Vorbild nehmen! Die Baugewerkschaft Größl wird ihrem alten Kämpfer ein ehrendes Andenken bewahren.

**Osslar.** Am 17. Juli fand unsere halbjährliche Generalversammlung statt, sie war von sämtlichen Zählstellen besetzt. Kollege S a n d e r gab den Geschäftsbericht. Danach hat dieses Jahrjahr unserer Organisation große Fortschritte gebracht. Wenn auch in unserm Vereinsgebiet ein großer Teil der Unternehmern nicht organisiert ist, so haben wir diese Herren dennoch zur Anerkennung des Vertrages gezwungen. Im Landkreise Osslar ist nach 4 Wochen Kampf der tarifliche Lohn geregelt worden; in der Stadt Osslar selbst wollten die Unternehmer den Reichslohn tarifvertrag nicht anerkennen, schließlich haben sie sich doch dazu bequemen müssen. Diese beiden Bewegungen haben gezeigt, wie notwendig uns eine starke Organisation ist. Unsere Mitgliederzahl ist um 72 gestiegen, auch die Kassenverhältnisse weisen eine Besserung auf. — In der Ansprache waren die Vertreter mit den Arbeiten des Vorstandes einverstanden. Zum Verbandstage der Bauhilfsarbeiter wurde als Abgeordneter Kollege Karl Raimert, zum Verbandstage der Maurer Kollege Wilhelm Sandert vorgeschlagen. Als Abgeordnete zum Bezirkskongress wurden Herrn Köhler, Herrn Kordtke, Wilh. Gläseker und Wilh. Sandert gewählt.

**Sagen i. W.** (Etwas von den ganz Unentwagten.) Der im Industriegebiet bekannte Eisenleger Conrad Ambrosius, um Deutschen Baugewerksbundes 1926 wegen reichlicher Beiträge gestrichen, hat schon seit langer Zeit mit dem Arbeiterpersönlicher Windhoff verkehrt. Nun hatte er hier zum Juli etwas ganz besonderes vorgesehen. Einladungen zu einer öffentlichen Versammlung der Bauarbeiter wurden angekündigt über an bekannte Kollegen verandt mit dem Thema: „Die Bauarbeiter und die freien Gewerkschaften“. Als Referent war Karl Windhoff, Düsseldorf, vorgesehen. Den Einladungen lag folgendes Begleitschreiben bei: „Mein Herr Genosse! Ich nehme an, daß umstehende Einladung Dich interessieren wird, und wollte Dich bitten, mich Berufs- und Gesinnungskollegen zu ersuchen. Eine reifliche Aufklärung und Ansprache ist garantiert. Mit soz. Gruß: Conrad Ambrosius.“ Mit „soz. Gruß“ unterzeichnet man also die Einladung und nimmt die bürgerliche „Sagener Zeitung“ zu Hilfe durch Aufgabe einer großen Anzeige. So etwas gehört zur richtigen „Unentwegtheit“. Nun, Windhoff hat „geredet“, das heißt, er hat geschimpft auf die freien Gewerkschaften und besonders auf den Deutschen Baugewerksbund. Aber die Massen sind zu dieser verpöhlischen Verurteilung auch die „ganz entschloffenen Einker“, untereinander auch noch in mehrere Richtungen geflossen, zum Wort und haben dann brav für ihren Extralohn gestritten, und die paar Unentwegten von der Union schickten sich darüber „einig“ zu werden, welche Arbeitskollegen für ihre Entlohnung in der Aufnahme würdig seien. Die einen wollten nur Facharbeiter aufnehmen, die anderen nur Profeten, die aus der Sache ausgetreten sind. So wogte alles toll durcheinander. Inzwischen sind, die richtig gesehen, nur von den Erfolgen der freien Gewerkschaften leben, im übrigen gewerkschaftliche Parastellen sind, wollen die vereinigten Unternehmer auf diese Weise bekämpfen und „zu Boden zwingen“. Leider gibt es immer noch Arbeiter, die noch weniger Verdienst haben als Wickelkinder und diesen Gewerkschaftskönig nachlaufen. Wann wird ihnen die Erleuchtung kommen, daß ein solcher Unsinn nur Wasser auf die Mühlen der Unternehmer ist?

**Hannover.** Am 17. Juli fand unsere von 67 Delegierten besetzte ordentliche Generalversammlung statt. Zunächst wurde das Andenken der im verflochtenen halben Jahre verstorbenen Kollegen in der üblichen Weise gelehrt. Dann gab Kollege V o l g t den Geschäftsbericht. Die Steigerung im Wirtschaftsleben und die damit verbundene Abnahme der Erwerbslosigkeit hat ihren erfreulichen Aufschwung beibehalten. Hatten wir noch im vorigen Sommer eine große Arbeitslosigkeit im Verufe, so haben wir in diesem Jahre keinen einzigen arbeitslosen Maurer. Auch von den alten Stein- und Kalkträgern ist kein einziger mehr arbeitslos. Im der Nachfrage nach Maurern zu genügen, zuziehen vertriehen. Zugewandte sind in der Stadt außer den Umbauten 250 Neubauten im Arbeit. Leider muß die Stadtverwaltung kritisiert werden. Insaft so zu arbeiten, daß die Bauwirtschaft auf das ganze Jahr verteilt wird, macht sie monatelang nur Zeichnungen und Projekte, und wenn die Geschäfte dann fertig ist, dann soll die Neubauarbeit in einigen Wochen vollendet sein. Das ist die Ursache, daß im Hochsommer Mangel an gelernten Arbeitern besteht, aber im Frühjahr, Herbst und Winter unsere Kollegen den Arbeitsnachweis bewilligen. — Die Zahl der Unfälle ist gestiegen. Im Jahre 1925 zählten wir 4320 Unfälle, im Jahre 1926 dagegen 6333. Der Jahresbericht der Bauvereinsgenossenschaft sagt, die meisten Unfälle seien durch Leichtsinn der Arbeiterhaft herbeigeführt worden. Das mag übertrieben sein, aber es ist Tatsache, daß auf den Baustellen, wo in Arbeit gearbeitet wird, die Vorschriften über Leben und Gesundheit der Arbeiter durchaus mißachtet werden. Häufiger wird Bankkontrollen, dann wären die Mißstände jedenfalls nicht so groß. Hoffentlich wird sich auf dem Lande der Bauvereinshaft wieder bessern, da der tolle Ausbruch der Arbeiterhaft im Jahre 1926, die die Agitation auf den Baustellen viel schärfer betriebe werden. Vor allem auf dem Lande gibt es noch viele Unorganisierte. — Die Arbeitszeit auf den Baustellen ist bis heute noch nicht geregelt. Unser Lohn ist bei den letzten Verhandlungen um 8 1/2 gestiegen. Da sollen doch die Mitglieder nicht immer sagen, die Organisation tue nichts. Die Kollegen scheinen vergessen zu haben, daß wir im Jahre 1910 um 5 1/2 Lohnerhöhung 10 bis 12 Wochen streiken mußten. Leider muß festgestellt werden, daß verschiedene Kollegen nicht den Mut haben, den Tariflohn zu fordern. Dagegen haben die Lehrtreue Kollegen den „Mut“, die Arbeitszeit von 8 Stunden auf 9 Stunden zu erhöhen. — Hierauf erstattete Kollege S e e b o d e den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse betragen 86 435,20 M. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt mit allem Kassenbestand 59 333,33 M. Ein Antrag des Vorstandes auf Genehmigung zur Strafverfolgung der Einkassierer, die trotz Aufforderung bis heute noch nichts von den unterliegenden Geldern abgeliefert haben, wurde angenommen. Ein Antrag der Gläubiger auf Aufhebung der 10 M. Einheitsgeld bei wiederholtem Eintritt wurde abgelehnt. Als Abgeordnete zum Bezirkskongress wurden gewählt: Herr. Hohnschopp, Herr. Witte, Aug. Friedrich, Ant. Westphal und Jahre. Als Kandidaten zum Bundesstag wurden aufgestellt: für die Maurer Herrn. Jätsch, Aug. Hohnschopp und Wedemeier, für die Bauhilfsarbeiter Karl Schwarz.

**Königsberg i. Pr.** Am 17. Juli hielt unsere Baugewerkschaft ihre halbjährliche Generalversammlung. Der Kollege R i n a t erläuterte die für das Baugewerksbunde geltende Arbeitszeit. Seine Ausführungen enthielten das Wesentlichste dessen, was unsere Funktionäre in dieser Frage brauchen. Bei dem dann folgenden Geschäftsbericht sprach der Vorsitzende auch über den Reichsarbeitsvertrag. Er hat uns frühere Ertragserwartungen wieder gebracht, besonders in den Lehrlingsbestimmungen. Wenn wir nun auch nicht alles erreicht haben, so geht es dennoch mit der Organisation vorwärts. Unsere Mitgliederzahl steigt. Das Baudelegiertenwesen läßt immer noch zu wünschen übrig. Besonders Augenmerk muß auf den Arbeiterhaushalt verwendet werden. Auch heißt es, mit aller Kraft die Jugend zu erfassen. Manches Mahnwort an alle Kollegen, die trotz hohen Alters noch nicht den Weg zu uns gefunden, ist bei den Jugendlichen vielfach besser angebracht. — Nachdem dann der Kassen- und Revisionsbericht gegeben, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann wurden die Wahlen zum Bezirkskongress vorgenommen und die Kandidaten zum Bundeskongress, den einzelnen Verbänden aufgestellt. Eine Anzahl Anträge zu diesen Tagungen wurden angenommen.

**Kronach.** (Unvergleichlicher Zustand.) Die Erweiterungsarbeiten am Postamt in Kronach werden von Kronacher Firmen ausgeführt. Unter den Arbeitern wurde das Gerücht verbreitet, daß bei der Submission Bamberger Meister der Oberpostdirektion habe zu den Kronacher. Der Meister verlangt, sie trieben ihre Arbeiter zu wenig an, deswegen leisteten sie nicht genügend. Diesen Vorwurf ohne Weiteres leiteten die Arbeiter auf die Firma B a p f i s t R e i s e l e r zurück, welche feine Tagelöhner faule Leute, die ausgestellt würden. Er krakelte den ganzen Tag weiser, daß er sie auf die Straße werfe. Besonders nahm er sich den Arbeiter P e t e r B a r n i c k e l vor. Dieser ist sehr kräftig und ein fleißiger Arbeiter. Auf ihn hatte es Messelberger abgesehen. Unter allerlei Redensarten nahm er ihm die Schippe aus der Hand und wollte ihm das Arbeitslohn zeigen. Es ist jedem bekannt, daß eine ausgearbeitete Person einige Minuten schnell schaufeln kann, wenn er danach die Schippe wieder weglegen kann. Barnickel brachte dies zum Ausdruck. Messelberger kam in Aufregung und wollte sich auf Barnickel stürzen. Dieser nahm seine Schippe als Verteidigungsmittel gegen Messelberger. Einige unorganisierte Leute gingen dann Barnickel von hinten an. Als er sich ihnen entgegenstellte, brang Messelberger abermals auf ihn ein. Da er wollte ihn Barnickel, drückte ihn zu Boden und brachte ihm bei, daß sich tüchtige Arbeiter für ihre Mühe nicht noch schlagen lassen. Die bereits erwähnten Arbeiter griffen Barnickel abermals an, riefen ihm sein Horn kaputt und verletzten ihn auch noch. Barnickel verlor seine Arbeitsstelle, obwohl er bei einer anderen Firma in Arbeit stand. Wie die Sache gerichtlich endet, werden wir später berichten.

— Für die Arbeiter ist der Fall wieder sehr lehrreich. Ueber die Arbeiter, die gegen ihren zu Unrecht behandelten Arbeitsgenossen Partei ergriffen, wollen wir nicht reden. Es gibt eben Menschen, die für eine vorübergehende „Brüderliebe“ ihre Arbeiterverdienste preisgeben. Aber die Unternehmer wollen herrschen. Trotz des Betriebsratsgesetzes wollen sie keine Betriebsräte dulden. Die Arbeiter trauen sich nicht, ihre Rechte zu fordern. Bei solchen Vorkommnissen stehen sie dann ohne Schutz da. Wästen die Unternehmer, daß die Leute einig wären, würden sie sich so etwas nicht erlauben. Es sind noch mehr Baustellen in Kronach, wo keine Betriebsräte sind. Deshalb ergreife ich die Mahnung an die Arbeiter: Fordert Euer Recht!

**Limburg.** (Zählstelle Altfendiez.) Ein eigenartiges Schicksal verfolgt unsere Zählstelle Altfendiez. Vor etwa drei Monaten verunglückte der Vorsitzende Karl Bauer tödlich im Verufe, am 26. Juli verstarb auf dem Heimwege von der Arbeitsstelle der erst am 24. Juli neu gewählte Vorsitzende Anton Wilh. Dießel durch Geduld den Tod weitere der Sozialen Donbad. Wägen, darunter den Kassierer sieben freie Kollegen verloren, darunter in Frankfurt tödlich verunglückte. Alle diese Kollegen waren wahre Streiter für die Rechte der Bauarbeiter an der Lohn. Wir können ihr Andenken nicht besser ehren, als daß wir in ihrem Sinn weiterstreben für unsern Baugewerksbund. Den Dahingeshiedenen werden wir ein treues Andenken bewahren!

**Lingen.** (Du sollst kein falsches Zeugnis reden...) Wer in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bewandert ist, weiß, daß die Bauarbeiter zu jenen Arbeitergruppen gehören, die seit langem Jahren für den Achtstundentag eintreten. Schon in den Zeiten, als es noch keine christlichen Gewerkschaften gab, kämpften die Bauarbeiter um den Achtstundentag. Und weil auch die Bauarbeiter das Dichterwort kennen: „Was du ererbst von deinen Vätern, erwidre es, um es zu verbessern!“, ist der Kämpfergeist der Alten auf die junge Generation übergegangen. Der Achtstundentag wurde weiter verfolgt. Die „Konkurrenz“ der inzwischen gegründeten christlichen Bauarbeitergewerkschaft ist dabei nicht allzu groß gewesen, auch diese Organisation mußte sich schließlich zum Achtstundentag bekennen. Deshalb mußten wir uns aber eines anderen belehren lassen. Die örtliche Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes hat uns klargemacht, daß nicht einmal mehr der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Lingen den Achtstundentag ehre und nur die christliche Organisation das tue. Und das ging so zu: Unfähig des kürzlich hier haufenden Wirbelsturmes wurde im Interesse der dadurch Geschädigten angeregt, die Unternehmer sollten bei Arbeiten für Rechnung der vom Sturm Geschädigten auf den Meisterzuschlag für geleistete Ueberstunden verzichten, wenn die Gesellen auf die ihnen zustehenden 25 % Ueberlohnzuschlag ebenfalls verzichten. Diese Anregung verdriftete sich zu einer Abmachung, die von der christlichen Gewerkschaft anerkannt, vom Baugewerksbund abgelehnt wurde. Nur die bei der Firma Weltlich beschäftigten Freilegergewerkschaftler, eine Minderheit der dort Beschäftigten, anerkannten gleichfalls die Abmachung. Am 13. Juni erklärten jedoch die bei Weltlich arbeitenden Kollegen von der christlichen Gewerkschaft, daß sie vom Tage ab keine Ueberlohn ohne Zuschlag mehr leisten würden. Inzwischen war ihr Idealismus bereits zur Ruhe gekommen. Die Verlesenen nach acht Stunden die Arbeit. Der bei Weltlich beschäftigte Vorsitzende des Deutschen Baugewerksbundes stand aber auf dem Standpunkt, ein auf gegenseitiges Vertrauen angebautes Abkommen dürfe nicht pöhlisch und einseitig gebrochen werden, da dies gegen Treue und Glauben verstöße. Er hat dann an diesem Tage noch 3 Ueberlohn ohne Zuschlag geleistet. Dafür muß er sich nun klar machen lassen, er sei ein „Verärrer“ am Achtstundentag. — Das ist die ganze, große Geschichte von der Durchbrechung des Achtstundentages durch die freie Gewerkschaft in Lingen. Wahrscheinlich sollen wir dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaft auf die Einhaltung von Abmachungen zu wenig geschult sind. Wenn der Vorstand der christlichen Gewerkschaft eine solche Sicherheit nicht hat, dann sollte man solche Abmachungen gar nicht erst treffen. Wenn wir auch bei jeder Gelegenheit als die „Revolutionäre“ verurteilt werden, so sind wir doch der Meinung, daß Verträge, ob mündlich oder schriftlich vereinbart, auch dann eingehalten werden müssen, wenn sie uns mal nicht passen. Aber ansehend wir weniger der Idealismus als die Arbeiter, sondern der Parteihaftigkeit sind, und eine politische Partei mit großem Zankam aus dem die Stadt betroffenen Unglück ein Parteigänger zu machen suchte. Und als dann die Mitglieder nicht mehr miffen wollten, machte man aus der Not eine Tugend, und verpöhlte, sich als alleinigen Verfechter des Achtstundentages hinzustellen. Wir aber stellen fest, daß es mit dem Ueberlohn eines Restes auf das Wämden des christlichen Bauarbeiterverbandes nichts geworden ist. Es wäre auch lieber dort im Schatten des Stegerwaldes verkommenf.

**Aus den Fachgruppen**

**Glaser.**

**München-Obdachs.** Am 15. Juli hielten wir eine gut besuchte V e r s a m l u n g ab, die sich mit dem Abschluß eines Lohn- und Mantelfarbs beschäftigte. Eine Vertragsabschluss. Allerdings haben es die Innungsmeister nicht eilig. Aufgabe unserer Kollegen muß es nun sein, auch den letzten Kollegen unserer Organisation zuzuführen. Nun so wird es möglich sein, der Ausbrennungspolitik der Innungsmeister ein Ziel zu setzen und bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Als Kandidat zum Verbandstag wurde einstimmig Ratan, Rön, aufgestellt.

**Stuckateure und Putzer.**

**Schweningen.** Hier trafen am 8. Juli die im Oplergewerbe beschäftigten Gesellen und Hilfsarbeiter in den Streik, weil die Unternehmer in keiner Weise zu annehmbaren Zugeständnissen zu bewegen waren. Der Streik wurde müßtergültig geführt und stramme Disziplin gehalten, so daß die Unternehmer mehrmals um Verhandlungen ersuchten, die aber immer wieder kurz vor ihrer ausfüh-



